

Gemeinsam die Zukunft gestalten: NRW und Polen im Dialog. Wissenschaftliche Veranstaltungsreihe zum Polen-Nordrhein- Westfalen-Jahr 2011/2012

**Dokumentation der Veranstaltung „Klima, Energie, Umwelt“, 4.-5.10.2011,
Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI), Goethestraße 31, 45128 Essen**

Die globale Erwärmung und ein dadurch drohender gefährlicher Klimawandel machen ein weltweites Umdenken in der Energiepolitik erforderlich. Denn als Hauptgrund für den Klimawandel wird ein übermäßiger vom Menschen verursachter Anstieg von Treibhausgasen in der Atmosphäre gesehen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich deshalb darauf verständigt, den Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) bis 2020 drastisch zu reduzieren. Sowohl Polen als auch Deutschland versuchen diese Klimaschutzziele zu erreichen, jedoch mit unterschiedlichen Energiekonzepten. Die aktuellen energiepolitischen Ansätze beider Länder könnten nicht gegensätzlicher sein: Während Polen den Einstieg in die Kernenergie und den Bau von Atomkraftwerken zur Erreichung dieser Ziele plant, hat Deutschland den Atomausstieg beschlossen und setzt verstärkt auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Nordrhein-Westfalen hat Anfang Oktober 2011 als erstes Bundesland ein eigenes Klimaschutzgesetz zur Minderung von Treibhausgasemissionen und zur Erleichterung von entsprechenden Anpassungsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Ein hoher Anteil der in Deutschland entstehenden CO₂-Emissionen geht von Nordrhein-Westfalen aus.

Wie lassen sich diese unterschiedlichen energiepolitischen Ansätze in Deutschland und Polen erklären? Welche Beweggründe und strategischen Überlegungen stehen hinter diesen weit reichenden Entscheidungen? Sind hierfür historische oder kulturelle Gründe, politische oder wirtschaftliche Entwicklungen verantwortlich? Wie wird die Energiepolitik von Deutschland und Polen im jeweiligen Land gesehen? Und wie stehen insbesondere junge Menschen aus Nordrhein-Westfalen und Polen zu der Energiepolitik ihrer Regierungen? Diese Fragen waren Gegenstand der zweiten Teilveranstaltung der wissenschaftlichen Veranstaltungsreihe „Gemeinsam die Zukunft gestalten: NRW und

Polen im Dialog“, die das Kulturwissenschaftliche Institut Essen (KWI) im Auftrag der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahres 2011/2012 veranstaltet. An dieser Veranstaltung zum Thema „Klima, Energie, Umwelt“ am 4. und 5. Oktober 2011 nahmen rund 30 Schüler, Studierende und Graduierte aus Nordrhein-Westfalen und Polen sowie geladene Experten und Gäste teil. Die Veranstaltung bestand aus in Gruppen diskutierten Impulsreferaten für die jungen Teilnehmer und einer öffentlichen Podiumsdiskussion.

Aktuelle Energiepolitik in Deutschland und Polen – Ein Gegensatz

„Die Energiepolitik in Deutschland und Polen könnte unterschiedlicher nicht sein.“ Mit dieser Feststellung eröffnete Piotr Buras die Veranstaltung. Der Deutschland-Korrespondent der polnischen Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ und die freie Journalistin und Politikwissenschaftlerin der Ludwig-Maximilians-Universität München, Katarina Bader, die die Diskussionen während der beiden Veranstaltungstage leiteten, stellten die konträre Ausgangslage an den Anfang der Debatte. Ein Ziel dieses Zusammentreffens der jungen Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen und Polen war es deshalb, die Standpunkte beider Länder zu diesem wichtigen Zukunftsthema Klima und Energie zunächst einmal in ihren verschiedenen Facetten kennen und nachvollziehen zu lernen.

Das magische Dreieck der Energiepolitik

Die Themen Klima und Energie sind komplex, detailreich und fachlich anspruchsvoll. Der Politikwissenschaftler Dr. Kai-Olaf Lang von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin bot deshalb das „magische Dreieck der Energiepolitik“ als Orientierungshilfe für die Diskussion an. Das „magische Dreieck der Energiepolitik“ ist ein politisches Konzept, das helfen soll, Energiepolitik ausgewogen zu gestalten und unterschiedliche, teils konkurrierende Ziele auszubalancieren. Es bestehe, so Lang, aus den Eckpunkten Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit. Versorgungssicherheit liege in der Europäischen Union primär in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten, die sicherstellen müssten, dass das eigene Land genügend Energie zur Verfügung habe und keine Engpässe aufträten. Allerdings unternehme die EU – geleitet vom Gebot der Energiesolidarität – den Versuch, Risiken und

Verwundbarkeiten nationaler Energiemärkte durch gemeinschaftliche Anstrengungen zu reduzieren. Wettbewerbsfähigkeit betreffe den Preis der Energie. Für die Industrie und die privaten Verbraucher sei es wichtig, verhältnismäßig günstige Energie zu beziehen, etwa für die Fertigung, damit Produkte und Dienstleistungen konkurrenzfähig blieben. Nachhaltigkeit schließlich ziele auf die Umweltverträglichkeit der Energiegewinnung. Wo liegen die Schwerpunkte in Deutschland und Polen? Was wird jeweils als am wichtigsten angesehen? Wie wird versucht, eine Balance in diesem magischen Dreieck herzustellen? Und worauf zielen die beiden Staaten Deutschland und Polen mit ihren energiepolitischen Ansätzen ab? Diese Fragen waren Gegenstand der folgenden Impulsreferate und Diskussionen.

Deutschlands Energiepolitik – Ausstieg aus der Kernenergie und Energiewende

Nach der Atomkatastrophe in Fukushima in Japan im März 2011 hat die konservativ-liberale Bundesregierung ihren eigenen Ausstieg aus dem Atomausstieg zurückgenommen und der Deutsche Bundestag die Energiewende in Deutschland und ein verändertes Energiekonzept beschlossen. Kai-Olaf Lang sah Deutschland in einer relativ komfortablen Ausgangslage: Das importabhängige Land liege geografisch nah an wichtigen Energieproduzentenregionen, wie Norwegen und Russland. Zu wichtigen Lieferanten, wie etwa Russland, habe man intensive und gute wirtschaftliche und politische Beziehungen. Zudem sei Deutschland relativ wohlhabend, so dass selbst ein steigender Ölpreis das Land „nicht fundamental treffen“ würde. Darüber hinaus habe die Bundesrepublik eine „wohl ausdifferenzierte Energieinfrastruktur“, sie beziehe Energie aus Gas, Öl, Atom, Kohle und erneuerbaren Energien. Und nicht nur die Quellen, auch die Transportrouten seien diversifiziert: Sowohl übers Land als auch übers Wasser beziehungsweise unter dem Wasser, nämlich durch die Ostsee, gelangten Gas und Öl nach Deutschland, was die Versorgungssicherheit gewährleiste. Zudem verbessere Deutschland seine Energieeffizienz um zwei Prozent pro Jahr, so Kai-Olaf Lang.

Hauptziel der deutschen Energiepolitik ist der endgültige Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022. Hierüber bestehen eine grundsätzliche Übereinstimmung aller Parteien und ein breiter Konsens in der Bevölkerung, so Lang weiter. Darüber hinaus werde an den weit reichenden Klimaschutzziele festgehalten, die im Rahmen der europäischen Klimapolitik vereinbart worden seien: Bis 2050 soll der Ausstoß von Kohlendioxid im Vergleich zu den 1990er Jahren um 80 bis 95 Prozent gesenkt werden. Dafür solle unter

anderem der Stromgewinn aus erneuerbaren Energiequellen bis Ende 2020 auf mindestens 35 Prozent ausgeweitet werden, erklärte Kai-Olaf Lang. Das werde von der Bundesregierung finanziell gefördert, allein ein Sonderprogramm für Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) umfasse ein Volumen von fünf Milliarden Euro. Bis 2020 solle darüber hinaus der Verbrauch von Primärenergie, das heißt der Energie, die unmittelbar von den natürlich vorkommenden Energiequellen bezogen wird, im Vergleich zu 2008 um 20 Prozent reduziert werden, bis 2050 sogar um die Hälfte.

Diese zwei großen Linien – der Ausstieg aus der Kernenergie und der gleichzeitige Umstieg auf erneuerbare Energien – sind die übergeordneten Ziele Deutschlands für die nächsten Jahrzehnte. Die größte Herausforderung sah Kai-Olaf Lang darin, drohende Versorgungslücken zu schließen. Abgesehen von der Bereitstellung neuer Kapazitäten zur Energiegenerierung und der Erschließung von zusätzlichen Möglichkeiten zum Energiesparen (Effizienzgewinne, „Negawatt statt Megawatt“) sei hierfür der Ausbau und die Modernisierung des Stromnetzes in Deutschland unumgänglich. Die Verbesserung der Netzinfrastruktur solle es etwa ermöglichen, dass Strom vom Produktionsort – beispielsweise Windkraft von der Nordsee – zu energieverbrauchsintensiven Fertigungszweigen und Industrien in den Süden gelangen könne.

Optimistischen Schätzungen zufolge könnten erneuerbare Energien in Bezug auf Arbeitsplätze und wirtschaftliche Bedeutung längerfristig „einen ähnlichen Stellenwert wie die Autoindustrie“ erhalten. Dies werde allerdings viel kosten, gab der Politikwissenschaftler Lang zu bedenken. Laut einer Studie für das Bundeswirtschaftsministerium würden allein die steigenden Strompreise bis 2030 für 32 Milliarden Euro zusätzlicher Kosten sorgen. Das könne zu einer Konfliktlinie zwischen Politik und Wirtschaft führen, wenn die eine Seite ökologisch verträgliche, aber teure Energiequellen unterstütze, die andere Seite aber bei Produktion und Fertigung weiterhin auf preiswerte Energien poche.

Die deutsche Politik stehe in ihrer Energiepolitik allerdings auch unter erheblichem internationalen Druck, da ihre ehrgeizigen Ziele in anderen europäischen Ländern mit Skepsis betrachtet würden, erläuterte Kai-Olaf Lang. Die Bundesregierung habe diese Entscheidung in Europa im Prinzip im Alleingang getroffen. Bei einem Scheitern der

energiepolitischen Bemühungen Deutschlands werde dies als ein Signal gesehen, dass ein entschlossener Umstieg auf erneuerbare Energien in so kurzer Zeit nicht gelingen könne. Deutschland werde in diesem Fall seinen Ruf als Klimavorreiter verlieren. Deshalb sah Kai-Olaf Lang die Energiewende auch als „nationale Aufgabe und größten gemeinsamen Kraftakt seit der Wiedervereinigung“.

Traditionsreiche Umwelt- und Anti-Atomkraft-Bewegung in Deutschland

In Deutschland unterstützt ein Großteil der Bevölkerung den Atomausstieg. Das zeigen aktuelle Meinungsumfragen, beispielsweise die repräsentative Erhebung „Meinungsklima Chemie“, die für den Verband der Chemischen Industrie durchgeführt und im September 2011 in der Rheinischen Post Düsseldorf veröffentlicht wurde. Diesen Trend bestätigte auch eine kleine, nicht repräsentative Erhebung, die die an der Veranstaltung teilnehmenden, aus Ahaus im Kreis Borken stammenden Schüler zur Vorbereitung der Diskussion im Bekanntenkreis durchgeführt hatten. Einstimmig sahen die Befragten Atomkraft als „zu risikoreich“ an, vor allem weil die Frage nach der Entsorgung von Atommüll nicht endgültig geklärt sei. Sie befürworteten hingegen alle die Förderung von erneuerbaren Energien. Zwar stellt die Stadt Ahaus wegen des sich in der Nähe befindenden Atommüllzwischenlagers für radioaktiven Abfall sicherlich eine besondere Situation dar, doch spiegelten die Antworten die bundesweite Stimmung wider. Das Thema Kosten kam in den Umfragen nicht auf. Kai-Olaf Lang gab allerdings zu bedenken, dass bei stark steigenden Stromkosten auch die Zustimmung der Bevölkerung für die deutsche Energiepolitik sinken könne.

Polens Energiepolitik – Atomkraft zur Erreichung von Klimaschutzziele

Agnieszka Rochon, Beraterin für Die Grünen/Europäische Freie Allianz (EFA) im Europäischen Parlament für die polnische EU-Ratspräsidentschaft und ehemalige Leiterin des Regionalbüros der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau, stellte in ihrem Impulsreferat die aktuelle Energiepolitik Polens vor. Schon die dortigen Rahmenbedingungen unterschieden sich stark von den deutschen: „Polen ist nicht so abhängig von anderen Energielieferanten wie Deutschland, das Land versorgt sich zu 70 Prozent aus eigenen Energiequellen“, so Rochon. Diese Energie komme allerdings zu mehr als 90 Prozent aus dem fossilen Energieträger Kohle. Hier sah Rochon ein doppeltes Problem. Denn Polen habe auf diese Weise nicht nur Schwierigkeiten, die

Klimaziele der Europäischen Union zu erfüllen, denen es sich verpflichtet habe. „Polen hat es außerdem jahrelang versäumt, in seine Infrastruktur zu investieren“, so Rochon weiter. Veraltete Kraftwerke, alte, marode Netze, die schnell überlastet seien und im Winter bereits zu Ausfällen geführt hätten, seien das Ergebnis. Zudem werde der polnische Energiemarkt aus dem Nachbarland Russland mit Gas beliefert. Hier sähen viele Polen ebenfalls ein Problem: Diese Abhängigkeit von Russland werde kritisch bis ängstlich beäugt. Was, wenn Russland, „der Gas-Riese“, aus politischen Gründen beschliesse, die Zufuhr zu drosseln oder gar zu stoppen, wie es in der Vergangenheit schon in Weißrussland passiert sei?

Polens Energiepolitik stehe also vor großen energiepolitischen Herausforderungen, betonte Agnieszka Rochon. Diesen plane die liberalkonservative Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk mit dem Einstieg in die Atomenergie zu begegnen. Davon verspreche man sich, die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen zu mindern und gleichzeitig die Energiegewinnung aus CO₂-emissionsreicher Kohle zurückfahren, um die Klimaziele der Europäischen Union erfüllen zu können. „Das ist also die entgegengesetzte Richtung im Vergleich zu Deutschland“, hielt Agnieszka Rochon fest, „Einstieg statt Ausstieg angesichts der EU-Klimaziele. Es gibt einen parteiübergreifenden Konsens in der polnischen Parteienlandschaft zum Einstieg in die Atomkraft, auch nach dem Unglück in Fukushima“. In der polnischen Gesellschaft gebe es im Unterschied zu Deutschland auch keine personenstarke Anti-Atom-Bewegung, keinen breit formierten Widerstand gegen die Regierungspläne. Einzig ein kleiner, energiepolitisch versierter Kreis von Experten in Nichtregierungsorganisationen und ökologisch orientierten Think-Tanks spreche sich gegen den Einsatz von Kernenergie aus und könne dies auch gut wissenschaftlich begründen. Diese Stimmen würden jedoch kaum gehört.

Fehlende öffentliche Debatte und hohe Anpassungskosten in Polen

Die jungen Diskussionsteilnehmer bestätigten, dass es in Polen keine breite Widerstandsbewegung gegen Atomkraft gebe, wie dies in den 1970er und 1980er Jahren in Deutschland der Fall war. Jolanta Mazur-Schwenke, die an der Universität Köln promoviert, begründete dies damit, dass eben noch keine Atomkraftwerke in Polen vorhanden seien: „In Deutschland gibt es seit Jahrzehnten Atomkraftwerke und auch eine breite Anti-AKW-Bewegung, in Polen existiert das einfach nicht.“ Maria Piechowska, Doktorandin an der Universität Warschau, ergänzte: „In Polen wird der Schwerpunkt

ganz anders gesetzt. Wir denken anders über Energiepolitik. Das, was bei den Deutschen die Angst vor Atom ist, ist in Polen das Schreckgespenst einer völligen energiepolitischen Abhängigkeit von Russland.“ Diese Angst sei wesentlich präsenter als die Furcht vor einem möglichen GAU oder die Sorge, was mit dem Atommüll geschehe.

Agnieszka Rochon führte eine weitere These an, warum sich in der polnischen Öffentlichkeit bisher kaum Protest rege. Ihrer Meinung nach würden alternative Meinungen und Expertisen von der polnischen Regierung ignoriert und gezielt von der Grundlinie abweichende Informationen zum Beispiel zu erneuerbaren Energien nicht an die Öffentlichkeit weitergeleitet. Stattdessen sei eine kostenintensive Pro-Atom-Regierungskampagne gestartet worden, die über die Vorteile von Atomkraft informieren solle. Auch die Rolle der polnischen Medien kritisierte Rochon in dieser Hinsicht. Viele hätten in der Vergangenheit einseitig über das Thema Energiepolitik berichtet und vielen Journalisten fehle es schlicht auch an Fachwissen zu komplexen energietechnischen Fragen. Eine völlig kritiklose Begeisterung für Atomenergie gebe es, so Rochon, in Polen jedoch auch nicht. Doch hätten Argumente der Wirtschaftlichkeit – trotz bisher fehlender Finanzierungspläne für die polnische Atomstrategie – ein starkes Gewicht.

Diese letzte Einschätzung bestätigte eine kleine Umfrage der an der Veranstaltung teilnehmenden polnischen Schüler aus dem oberschlesischen Zabrze, die sie, wie ihre deutschen Seminarkollegen, im Vorfeld im Bekanntenkreis durchgeführt hatten. „Ich bin für Kernenergie, weil dadurch meine Stromrechnung niedriger wird“, hieß es pragmatisch in einem der Interviews. Allerdings waren hier die Meinungen nicht ganz so eindeutig wie bei den Interviewpartnern in Deutschland. Einige der Befragten waren auch im Prinzip gegen Atomstrom eingestellt, sahen aber im Moment keine Alternative, die technisch möglich wäre, das gesamte Land ökologisch verträglich zu versorgen. Allen Befragten gemeinsam war jedoch das Unbehagen gegenüber einer Abhängigkeit von russischem Gas. Seminarteilnehmerin Monika Barwinska von der Ruhr-Universität Bochum erklärte: „In ihrem Umweltverständnis sind die Polen noch nicht so weit. Sie wollen viel Energie und billig.“ Seminarleiterin Katarina Bader warb hier für Verständnis: „Im polnischen Durchschnittshaushalt wird im Verhältnis zum Einkommen anteilig wesentlich mehr Geld für Energie ausgegeben als in Deutschland – da ist es doch klar, dass man auch auf den Preis achtet.“ Malgorzata Olek, Studentin der Universität

Köln, schlug vor, Polen insgesamt etwas mehr Zeit zu geben, um die EU-Klimaziele zu erreichen. Diesen Hinweis unterstützte auch Kai-Olaf Lang: „Viele Menschen in Polen sehen die EU-Klimapolitik als ein großes De-Industrialisierungsprogramm.“ In Polen müsse man aufgrund der Anpassungskosten mit einem Minuswachstum von 1,4 Prozent rechnen – ein Wert, der doppelt so hoch wie der EU-Durchschnitt sei. Allein im Bereich der Gebäudesanierung müsse Polen viel nachholen. „Die Rechnung ‚mehr Effizienz gleich mehr Klimaschutz gleich mehr Energiesicherheit‘ geht in Polen nicht auf, erst langfristig“, gab Lang zu bedenken.

Das Pro und Kontra der unterschiedlichen energiepolitischen Konzepte

In einer anschließenden öffentlichen Podiumsdiskussion mit Wissenschaftlern, Politikern, Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und Industrieverbänden aus Deutschland, Nordrhein-Westfalen und Polen um die Eckpunkte deutscher, nordrhein-westfälischer und polnischer Energiepolitik spitzte sich die Diskussion weiter zu.

Tomasz Badowski, Vizekonsul des Polnischen Generalkonsulats in Köln, dort verantwortlich für wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, erläuterte, warum Polen Atomkraft brauche. Ein Problem für Polen, das den Großteil seiner Energie aus Kohle bezieht, seien eindeutig die Vorgaben der Europäischen Union zum Klimaschutz. Zurzeit liegt der Anteil der erneuerbaren Energiequellen an der Stromerzeugung unter fünf Prozent. „Wir müssen eben sehen, woher die Energie kommt, wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und den Lebensstandard halten, und gleichzeitig die Klimaschutzziele erreichen wollen“, begründete Badowski die Entscheidung der polnischen Regierung. Mittelfristig sei mit Atomstrom ein Anteil von knapp 20 Prozent bei der elektrischen Energie zu erreichen. Darüber hinaus fügte Badowski hinzu: „Es wäre schön, wenn Deutschland mit Polen im technologischen Bereich, etwa was saubere Kohleenergiegewinnung angeht, mehr zusammen arbeiten würde, beispielsweise Nordrhein-Westfalen mit der Region Schlesien.“ Er wies die Vorwürfe zurück, die polnische Politik gegenüber Russland sei hysterisch und irrational. Die polnische Sorge vor einer zu großen energiepolitischen Abhängigkeit von nur einem Gaslieferanten sah der Vertreter des Polnischen Generalkonsulats durchaus als berechtigt an.

Die Idee einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit im energietechnologischen Bereich griff auch Staatssekretär Dr. Günther Horzetzky, Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, auf. Er sehe viele strukturelle Ähnlichkeiten zwischen Polen und Nordrhein-Westfalen, denn „wir gewinnen hier zurzeit noch rund 75 Prozent unserer Energie aus Kohle“, also ähnlich wie derzeit noch in Polen. Die rot-grüne nordrhein-westfälische Landesregierung habe deshalb großes Interesse daran, auf diesen Gebieten effizientere Kraftwerke und emissionsarme Technologien weiterzuentwickeln, etwa im Bereich Braunkohle. „Das ist in der Tat eine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Polen.“ Außerdem habe Polen mitgeholfen, die Beihilfen für Steinkohleförderung durch die Europäische Union bis 2018 zu sichern. Dies sei auch ein wichtiger Beitrag zur Energiesicherheit in Nordrhein-Westfalen gewesen. Nordrhein-Westfalen ist aber auch auf dem Weg, die Energiewende umzusetzen, etwa mit dem im Juni 2011 auf den Weg gebrachten bundesweit ersten Klimaschutzgesetz. „Wir wollen umsteuern auf Erneuerbare und dem Ausbau erneuerbarer Energien Vorrang einräumen“. Dabei seien allerdings noch viele technologische, physikalische und ökonomische Detailfragen zu lösen.

Jan Dobertin, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energie NRW e.V., stellte den aktuellen wirtschaftlichen Stellenwert erneuerbarer Energien in Deutschland vor: „Wir sind jetzt schon im Strombereich bei 20 Prozent über erneuerbare Energien, im Bereich Wärme bei zehn Prozent“, bilanzierte er. „Grundsätzlich ist das Erneuerbare-Energie-Gesetz der Bundesregierung eine Erfolgsgeschichte“, sagte er. „Allein in NRW sind in der Windbranche mehr als 10.000 Arbeitsplätze entstanden.“ Der Atomausstieg fordere keine wirtschaftlichen Abstriche, im Gegenteil, es entstünden wirtschaftliche Chancen durch den Atomausstieg: „In Deutschland sind 370.000 Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien entstanden, bis 2020 werden es voraussichtlich eine halbe Million sein“, prognostizierte Dobertin. Damit käme der Branche ein ähnlicher Stellenwert zu wie der Automobilindustrie. „Chancen, die auch Polen nutzen sollte!“, resümierte er.

Einen großen wirtschaftlichen Stellenwert sah auch Energie- und Atomkraftexperte Tobias Riedl von Greenpeace Deutschland. Man sehe, dass die erneuerbaren Energien wirtschaftliches Potenzial haben. „Dadurch verändert sich das Denken in den Köpfen“, sagte er. Für das aktuelle Umdenken und die Energiewende habe aber auch die

Zivilgesellschaft und Umweltbewegung in Deutschland, die seit den 1970er Jahren gegen Atomkraft und für alternative Energien kämpfte, einen entscheidenden Beitrag geleistet. Er erinnerte mit dem Titelblatt der linksorientierten Tageszeitung „taz“ zum Atomausstieg der Bundesregierung im Jahr 2011 an die Anfänge dieser grünen Bewegung: „So sehen Sieger aus“, lautete die Schlagzeile, darunter ein Foto von langhaarigen Umweltaktivisten aus den 1970er Jahren.

Das Thema Umweltbewegung griff auch Karolina Jankowska auf. Die Sozialwissenschaftlerin ist Lehrassistentin und Doktorandin am Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) an der Freien Universität Berlin und Mitglied der jungen polnischen grünen Partei Zieloni 2004. „Im demokratischen Deutschland konnte sich seit Ende der 1960er Jahre eine starke Umwelt-, Friedens- und Anti-Atom-Bewegung etablieren und später parlamentarisch Fuß fassen, womit ich die Grüne Partei meine“, erinnerte sie. Das habe dazu beigetragen, die erneuerbaren Energien als ernstzunehmende Alternative zu bedenken und die Gefahren von Atomkraft zu sehen. „Eine solche Debatte gab es also in Deutschland schon lange, es gibt also Expertise, es wurden konkrete Modelle für den Ausstieg entwickelt“, zählte sie auf. Im damals totalitären politischen System Polens habe es für eine solche Bewegung, auf die man jetzt zurückgreifen könnte, einfach keine Chance gegeben. Die kurzen Anti-Atom-Proteste in den 1980er Jahren hätten sich nicht als eine dauerhafte Bewegung etabliert.

Polen und Deutschland im energiepolitischen magischen Dreieck

Die jungen Teilnehmer der Veranstaltung kamen zu dem Ergebnis, dass Polen und Deutschland viel Wert auf Wettbewerbsfähigkeit legen. Der polnischen Regierung sei die Versorgungssicherheit wichtiger als die Nachhaltigkeit der Energiegewinnung, wohingegen Deutschland einen Schwerpunkt auf die Nachhaltigkeit lege. Einen entscheidenden Hintergrund dieser unterschiedlichen Bewertung des Aspekts Nachhaltigkeit sahen die Teilnehmer in dem immer noch zwischen beiden Ländern vorherrschenden starken Wohlstandsunterschied und der Tatsache, dass in Polen jeder Privathaushalt verhältnismäßig mehr Geld für Energie ausbebe als in Deutschland.

Die Mehrheit der an der Veranstaltung teilnehmenden Schüler, Studierenden und Nachwuchswissenschaftler aus Nordrhein-Westfalen und Polen sympathisierte mit einem kernenergiefreien und auf erneuerbaren Energien basierenden Energiekonzept.

Allerdings betonten insbesondere, aber nicht nur, die aus Polen stammenden Teilnehmer, dass man der Politik und Öffentlichkeit in Polen etwas mehr Zeit lassen soll, um dort energiepolitisch das diskutieren und umsetzen zu können, was sich in Deutschland – maßgeblich unterstützt von einer langjährig aktiven Umweltbewegung – über viele Jahre hinweg entwickelt hat. Auch baten die Teilnehmer die deutschen Vertreter darum, in der Debatte um unterschiedliche Energiekonzepte in beiden Ländern gegenüber Polen nicht zu überheblich aufzutreten und nicht den deutschen energiepolitischen Weg als den besseren darzustellen. Technologische Zusammenarbeit und Unterstützung finde man gut, Belehrung hingegen stoße auf Ablehnung in Polen. „Wir diskutieren immer darüber, dass Polen aufholen muss. Aber vielleicht ist das energiepolitische Konzept in Polen ja auch so gewollt“, sagte Postdoktorandin Agnieszka Nyenhuis von der Universität Bochum. „Wir brauchen da Verständnis seitens der Deutschen“, forderte die Doktorandin Maria Piechowska aus Warschau.

Zuletzt wiesen die Teilnehmer darauf hin, dass weiterführende und nachhaltige Energiekonzepte und Überlegungen zum Klimaschutz nicht von einzelnen Staaten, sondern mindestens auf europäischer, wenn nicht sogar globaler Ebene entschieden werden müssten. „Wenn nur einzelne Länder versuchen, die Klimaziele zu erreichen, ist das nicht ausreichend“, gab Student Moses Fendel von der Universität Münster zu bedenken. Paul Mehring, Student an der Universität Köln, ergänzte: „Klimawandel ist kein Luxusproblem, das nur Deutschland lösen sollte.“

Unterschiedliche Energiekonzepte in Deutschland und Polen verlangen mehr Dialog

Die lebhaften Diskussionen der Schüler, Studenten und Nachwuchswissenschaftler aus Nordrhein-Westfalen und Polen zeigten: Insbesondere zum Thema Atomenergie ist ein verstärkter Dialog zwischen Polen und Deutschland ratsam und wichtig, um einander nicht vorschnell zu verurteilen oder zu bevormunden, sondern zunächst einmal verstehen zu lernen und um die jeweils nationale Perspektive kritisch zu reflektieren. Fundiertes Hintergrundwissen und eine gute Gesprächskultur sind Grundvoraussetzungen für jede weitere Form der deutsch-polnischen Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zu diesem Thema.

Kontakt:

Annina Lottermann

Koordination wissenschaftliche Begleitveranstaltung

Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahr 2011/2012

Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI)

Goethestraße 31

45128 Essen

Tel: 0201 7204 252, Mail: annina.lottermann@kwi-nrw.de

Redaktion

Anna Spiegel

Eine Veranstaltung des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI) im Auftrag der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW im Rahmen des Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahres 2011/2012.



KULTURWISSENSCHAFTLICHES
INSTITUT ESSEN

INSTITUTE FOR ADVANCED
STUDY IN THE HUMANITIES

Ministerin für Bundesangelegenheiten,
Europa und Medien
des Landes Nordrhein-Westfalen

